



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Siemens-Personalabbau stoppen – Zwischenstand berichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, wie die bisherigen Gespräche und Maßnahmen für zukunftsfähige Lösungen an dem von Stellenabbau bedrohten Standorten verlaufen sind und bewertet werden und welche Zwischenergebnisse oder Ergebnisse der Bemühungen schon vorliegen.

Insbesondere soll berichtet werden:

- In welcher personellen Besetzung und Intensität der Lenkungsausschuss zur Koordination der verschiedenen Maßnahmen bisher getagt hat.
- Inwieweit Siemens an den betroffenen Standorten Ruhstorf an der Rott, Bad Neustadt an der Saale, Nürnberg und Erlangen Zusagen in Richtung „Plan A“, also Erhalt der industriellen Produktion im bisherigem Maßstab, getroffen hat.
- Welche konkreten Vorschläge für Ersatzproduktion, also „Plan B“ im Rahmen der Zukunftsplanungen von Siemens in Geschäftsfeldern, wie z.B. Digitalisierung, den betroffenen Standorten angeboten werden.
- Welche zusätzlichen Potenziale, sozusagen als „Plan C“, die Staatsregierung in Zusammenwirken der einzelnen Staatsministerien für die Regionen Passau-Land, Bad Neustadt a.d. Saale, Nürnberg und Erlangen generieren kann.
- Welche Ergebnisse nach Kenntnis der Staatsregierung die lokalen Projektgruppen aus Betriebsräten, IG Metall, Standortmanagement, Kommunalpolitik und sonstigen Unterstützern bislang erzielen konnten.

Begründung:

Am 9. März 2016 verkündete Siemens den Abbau von knapp 2.000 Arbeitsplätzen in der Sparte Prozessindustrie und Antriebe allein in Bayern – von weltweit 2.500 Arbeitsplätzen. Das provozierte einen Schock in den betroffenen Regionen und eine Welle von Solidarität über alle Parteien und Interessenverbände hinweg.

Erschwerend kommt hinzu ist, dass die Standorte Ruhstorf und Bad Neustadt im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und der Raum Nürnberg seit längerem an Verlusten bei industriellen Arbeitsplätzen leidet.

Ausgehend von der Kabinettsitzung in Aldersbach am 15. März 2016 hatte die Staatsregierung ein ganzes Maßnahmenbündel beschlossen, das nun einer Zwischenbilanz unterzogen werden muss, um dem Landtag Gelegenheit zur parlamentarischen Kontrolle zu geben und zum Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze beitragen zu können.

Auch der politische Druck auf den Siemens-Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser zur möglichen Revision der Personalabbaupläne ist aufrecht zu erhalten.